

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Alexander König

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Hagen

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Sandro Kirchner

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Dr. Martin Huber

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Thomas Kreuzer

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

"Runter mit den Treibhausgasen - CO2-Bepreisung mit fairem Geld-zurück-System einführen!"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten reden; ich weise noch mal darauf hin. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine Redezeit von bis zu zehn Minuten gesammelt werden. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können zwei Minuten reden.

Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Ludwig Hartmann von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Schönen guten Morgen, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Berichterstattung in den Medien in den letzten Wochen aufmerksam gelesen und verfolgt hat, ist auf folgende Schlagzeilen gestoßen: Grundwasserpegel fällt seit Jahren, Bauern fürchten dramatische Situation in Unterfranken, akute Waldbrandgefahr, Hitzerekorde purzeln, Hochwasser im Süden, Dürre im Norden.

Das sind nur Schlaglichter der Schlagzeilen der letzten Wochen. Der gerade zu Ende gegangene Juni war in der Summe der heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881, das heißt seit fast 140 Jahren. Wir erleben in Frankreich neue Wärmerekorde von über 45 Grad. Frankreich hat bereits den Klimanotstand ausgerufen. Wir erleben immer mehr beängstigende Ereignisse. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881 beträgt der Temperaturanstieg in Deutschland im Mittel 1,5 Grad.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei diesen Berichten der letzten Wochen, bei den Ereignissen, die sich in den letzten Jahren aneinanderreihen, müssen doch bei Ihnen endlich mal die Alarmsignale angehen, konkret etwas für den Klimaschutz in diesem Land zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): "Konkret" wäre ein Stichwort für die GRÜNEN!)

Dass solche Wetterereignisse seit Jahren immer häufiger eintreten, ist für die Wissenschaft ein ganz eindeutiger Beleg für den menschengemachten Klimawandel. Die Erdüberhitzung ist die Folge einer Wirtschaftspolitik, die auf immer mehr CO₂-Ausstoß setzt, statt auf weniger.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien in diesem Hohen Haus, wir sind uns doch einig, dass die Folgen der Erdüberhitzung vom Menschen gemacht sind. So weit sind wir doch schon mal. Wir waren nicht immer so weit. Aber inzwischen sind wir es. Das hat doch auch etwas Gutes. Wir können doch etwas dagegen tun. Die Frage ist doch jetzt, wie wir die Weichen richtig stellen, um den Klimaschutz in diesem Land voranzubringen.

Wir haben eine ganze Reihe von internationalen Abkommen, zum Beispiel das Kyoto-Protokoll, das schon einige Jahre alt ist, und das Pariser Klimaabkommen von vor vier Jahren. Wir haben nationale Willensbekundungen für mehr Klimaschutz, wir haben das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 aus dem Jahr 2014, und 2016 wurde ein Klimaschutzplan verabschiedet.

All diese Maßnahmen haben ihr Ziel verfehlt. Die Absichts- und Willenserklärungen haben den CO₂-Ausstoß nicht gesenkt, sondern wir heizen unsere Atmosphäre täglich weiter auf. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir pusten im wahrsten Sinne des Wortes täglich mehr CO₂ in die Atmosphäre. Eigentlich wissen wir alle ganz genau, was beim Thema "Herausforderung der Erdüberhitzung" zu tun ist. Wir wissen ganz genau, an welchen Stellschrauben wir drehen müssen, um die Katastrophe noch abzuwenden. Wir wissen genau, was wir anders machen müssen. Wir müssen die Industrie umbauen, um den CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren, deutlich zu senken.

Ich höre immer wieder die Ansage, dass das alles weltweit angegangen werden muss. Deshalb möchte ich ganz deutlich sagen: Die ganze Welt muss ihren Beitrag leisten, das ist vollkommen richtig. Entscheidend aber ist: Im Jahr 2018 hat der CO₂-Ausstoß neue Rekorde erreicht. Unter den zehn Ländern, die am meisten CO₂ ausstoßen, sind natürlich die Riesenländer China, Russland und USA. Aber auch Deutschland ist mit dabei. Das zeigt ganz deutlich, welche Verantwortung wir hier in unserem eigenen Land haben. Wir müssen endlich anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben nicht nur das Wissen, was wir tun müssen, wir kennen nicht nur die Instrumente, sondern wir haben seit mehreren Monaten auch eine aufgeweckte Jugend, die uns wöchentlich vorführt, dass wir endlich konkret handeln, endlich die Weichen anders stellen, endlich die Segel zu einer Klimaschutzpolitik setzen müssen, die ihren Namen auch verdient.

Das heißt für uns GRÜNE: Wir brauchen Maßnahmen, die schnell und sofort greifen können. Das heißt für uns: Wir brauchen einen CO₂-Preis auf nationaler Ebene. Es reicht nicht, und man stiehlt sich aus der Verantwortung, wenn man sagt, dass man alles über den Emissionshandel regeln will. Das könnte man machen. Sehr geehrter Kollege von der FDP, Sie wissen aber doch genauso gut wie ich, dass ein Umbau, eine Änderung des Emissionshandels auf europäischer Ebene, der zu einer grundlegenden Änderung führt, Jahre dauern wird. Diese Zeit haben wir nicht mehr. Wir wol-

len heute konkret etwas anders machen, das heißt, einen nationalen CO₂-Preis in Deutschland einführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein CO₂-Preis ist für uns eine Lenkungsabgabe, eine Lenkungsabgabe, die ein Staat schaffen muss, wenn andere Maßnahmen nicht funktionieren. Für mich ist das Versagen des Staates auf Landes- und Bundesebene beim Kampf um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen gravierend. Derzeit liegt ein gravierendes Staatsversagen vor. Wir kennen die Maßnahmen, aber sie funktionieren nicht. Die Weltbank hat vor Kurzem Zahlen zu nationalen CO₂-Preisen veröffentlicht. Weltweit haben bereits siebzig Länder diesen Weg eingeschlagen. In Europa steht Deutschland schon relativ alleine da. Frankreich hat einen CO₂-Preis eingeführt, ebenso Großbritannien, die Schweiz bereits vor über zehn Jahren; Dänemark, Norwegen und Schweden gehen diesen Weg bereits seit Langem.

Diesen Weg wollen wir GRÜNE auch in Bayern und in Deutschland gehen, um endlich eine lenkende Wirkung zu erreichen, die dem Klimaschutz gerecht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der CO₂-Preis als Lenkungsabgabe ist eigentlich ein ganz einfaches Instrument. Es geht dabei nur darum: Was klimaschonend ist, muss belohnt werden; was klimaschädlich ist, muss verteuert werden, um das Verhalten zu ändern. Das heißt für uns: Brenn- und Treibstoffe müssen einer CO₂-Bepreisung unterliegen, damit davon weniger verbrannt wird und weniger CO₂ in die Atmosphäre gepustet wird.

Diese Lenkungsabgabe – das möchte ich ganz deutlich sagen – hat für uns nicht das Ziel, weitere Einnahmen für den Staat zu generieren. Die Einnahmen sollen wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Vereinfacht gesagt heißt das: Jemand, der umwelt- und energiebewusst lebt, wird über das faire Geld-zurück-System das Geld, das er mehr zahlt, wieder zurückbekommen; ein anderer, der viel Energie verbraucht,

der einen dicken Spritschlucker fährt, der Energie zum Fenster hinaus heizt, der ständig um die Welt jettet, wird mehr zahlen. Genau so ist es auch gewollt, um eine Änderung zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schöne an diesem Instrument, das andere Länder bereits aufs Gleis gesetzt haben, ist, dass es damit auch für unsere bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer eine verlässliche Planbarkeit gibt, die damit ganz genau wissen, wohin die Reise geht. Wir können uns gut vorstellen, die Grundidee der Schweiz zu übernehmen, mit Unternehmen Zielvereinbarungen zu treffen. Wenn diese den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren, können sie die Abgabe rückerstattet bekommen. Damit heizen wir doch einen Wettkampf der Ideen zu möglichst großen CO₂-Einsparungen an. Wir möchten diesen Wettkampf der Ideen anheizen, statt weiter das Klima.

Starten würden wir gerne in einem Korridor von 40 bis 50 Euro pro Tonne CO₂. An die SPD gerichtet: Auf Bundesebene werden von Ihrer Umweltministerin 20 Euro diskutiert. Die Wissenschaft ist sich einig: Die lenkende Wirkung beginnt ab 40 Euro. Wir liegen mit unserem Vorschlag deutlich hinter anderen Ländern. Die Schweiz ist bereits knapp unter 100 Euro, ebenso Schweden. Lasst uns in einem Korridor zwischen 40 und 50 Euro starten, um eine lenkende Wirkung zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich ist eine CO₂-Lenkungsabgabe nicht das einzige Instrument zum Klimaschutz, aber sie ist ein ganz entscheidender Baustein. Des Weiteren brauchen wir endlich wieder eine Politik, die die Energiewende voranbringt. Das heißt, dass in Bayern das Windkraftverhinderungsgesetz endlich kassiert und die Windkraft vorangebracht werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss und möchte mich noch kurz an die Regierungsfractionen und an die FDP wenden. Übrigens ist es egal, ob man, wie die AfD, die Klimakrise leugnet oder ob man sie eingesteht und dagegen nichts unternimmt. Das Ergebnis ist dasselbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben nur diesen einen Planeten, und wir müssen jetzt konkret handeln und etwas anders machen. Unstrittig ist, dass wir die erste Generation sind, die die Folgen der Erdüberhitzung zu spüren bekommt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich komme gleich zum Schluss. – Wir sind aber auch die letzte Generation, die konkret etwas anders machen kann. Dies sollten wir endlich als Chance begreifen, heute konkret und mutig zu handeln. Ich möchte Sie alle darum bitten. Die Zeit der Ausreden muss auch in diesem Hohen Haus endlich vorbei sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat Kollege Alexander König von der CSU das Wort.

Alexander König (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Ausgangspunkt der Initiative der GRÜNEN ist klar. Wir wissen: Die Bundesregierung hat in Paris Klimaziele und Strafzahlungen vereinbart, ohne selbst zu wissen, wie diese Klimaziele effektiv erreicht werden sollen. Sie von den GRÜNEN versuchen nun – –

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wer war Teil der Bundesregierung?)

– Hören Sie erst einmal zu. Herr Hartmann, Sie von den GRÜNEN versuchen jetzt, uns vorzugaukeln, dass Sie mit Ihrem Modell der CO₂-Bepreisung eine Lösung hätten. Ich sage Ihnen: Diese CO₂-Bepreisung mit dem sogenannten Energiegeld ist nichts anderes als der untaugliche Versuch, der Menschheit vorzumachen, Sie hätten eine

Lösung für die Probleme, für die andere – das muss ich zugeben – leider auch keine Lösung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist die Flucht in die Theorie.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist Aufgabe von Politik!)

Gleichzeitig verkünden Sie hier auf dem Podium, dass wir "konkret" etwas tun müssen. Sie haben nicht erklärt, wie das konkret gehen soll, sondern Sie haben schwammig außen herum geredet.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): 40 bis 50 Euro pro Tonne ist ganz konkret!)

Das ist das, was wir hier hören. Sie bieten Scheinlösungen an.

(Beifall bei der CSU)

Sie kommen rein populistisch mit Dingen, die nicht durchdacht und die nicht zu Ende gedacht sind. Vor allem wollen Sie – das ist der Kern der ganzen Geschichte – eine neue Steuer einführen, ohne auch nur ansatzweise belegen zu können, dass diese neue Steuer etwas Positives bewirkt. Sie flüchten sich immer in Worthülsen: Es gebe Berechnungen, Gutachten usw. Auf der Welt gibt es unzählige Berechnungen und Gutachten, aber nicht alle Gutachter haben Ahnung, und nicht alle Gutachten haben einen Inhalt. Deshalb führt auch diese Verkündung ins Leere.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Hartmann: Wir müssen natürlich handeln.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wo ist Ihr Vorschlag?)

Das ist der Grundkonsens, den wir haben. Ein Handeln nur um des Handelns willen aber,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Nur durch Ankündigungen wird nichts besser!)

ohne auch zu wissen, dass damit ein effektives Ergebnis erzielt wird, sondern nur mit dem Wissen, dass damit Schaden angerichtet wird, ist der Weg in die falsche Richtung.

Ich gebe Ihnen insofern recht, Herr Hartmann, als ich persönlich genau wie Sie – Kollege Stümpfig hat dazu im Wirtschaftsausschuss schon Ausführungen gemacht – eine Lenkung gegenüber Subventionen schon deshalb bevorzuge, weil wir allein mit Subventionen keine Lösung des Problems herbeiführen können.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was spricht dagegen?)

Herr Kollege Stümpfig hat im Wirtschaftsausschuss aber auch ausgeführt, wozu Ihre CO₂-Bepreisung führen wird. Er sagte, der Einstiegspreis von 50 Euro pro Tonne würde zu einer Erhöhung der Benzinpreise um 10 Cent pro Liter führen. Wenn dann die weitere schrittweise Erhöhung der CO₂-Bepreisung bis auf 150 Euro kommt, hätten wir laut Stümpfig nach Adam Riese eine Erhöhung des Benzinpreises um 30 Cent pro Liter.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Jetzt einmal ehrlich: Wer hat in den letzten Jahren einen Liter Benzin mehr oder weniger getankt, weil der Benzinpreis 10 oder 30 Cent höher oder niedriger war? – Ich sage Ihnen: niemand.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dieses Beispiel des Kollegen Stümpfig zeigt schon, dass dieses Modell nicht funktioniert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Geradezu katastrophal ist das Modell für unsere Wirtschaft; denn eines ist klar: Die Wirtschaft und die Arbeitsplätze werden darunter am meisten leiden. Eine energieein-

tensive Produktion wird in Deutschland bei der Einführung einer Energiebepreisung überhaupt nicht mehr möglich sein.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, fahren Sie bitte ins Chemiedreieck in Südostbayern. Erklären Sie bitte den Menschen, dass es ihre Arbeitsplätze nicht mehr geben wird, und erklären Sie den Menschen, was Herr Habeck kürzlich in einem Fernsehformat sagte. Der promovierte Philosoph und Schriftsteller sagte ganz ehrlich: Ja, diese Arbeitsplätze wird es nicht mehr geben, aber das sei ja kein Problem, man würde ja dann andere schaffen. Bitte fahren Sie zu den Menschen und sagen Sie ihnen, welche Arbeitsplätze Sie schaffen wollen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wollen Sie bei der Kohlekraft bleiben?)

Besonders ärgerlich an Ihrem Modell ist, dass Sie den Menschen vorgaukeln, jeder würde mehr zahlen, und – jetzt kommt's – jeder würde am Ende auch noch mehr herauskriegen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt!)

Das ist das Perpetuum mobile grüner Energiepolitik, was Sie hier vorschlagen, nichts anderes. So etwas kann man nur als Religion, aber nicht als ernsthafte Politik verkaufen. Sie erzählen den Leuten: Jeder zahlt was, und jeder kriegt am Ende mehr raus. Das ist das grüne Schlaraffenland, das in Deutschland nicht funktionieren wird.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der AfD und der FDP)

Jeder, der weiß, dass 1 und 1 gleich 2 ist, weiß auch, dass das nicht funktionieren wird. Dieser Energiecheck ist eine vorsätzliche Täuschung der Wähler. Sie erzählen der Wirtschaft, sie müsste nur einen Energiecheck machen, dann müsste sie die Ener-

giebepreisung nicht zahlen. So einen Schmarrn habe ich überhaupt noch nicht gelesen. Dafür sollten Sie sich schämen!

Diese CO₂-Bepreisung verhindert auch weitere Innovationen, die wir dringend brauchen. Sie führt nur zu einem, nämlich zur Belastung der Bürger, zur Belastung der Wirtschaft und zur Umverteilung. Lieber Herr Hartmann, eine grün angestrichene Sozialpolitik ist noch keine bessere Politik. Das ist und bleibt Umverteilungspolitik. Es tut mir leid, dass ich Ihnen das sagen muss.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der AfD und der FDP)

Herr Hartmann, wir haben insofern einen Konsens, als auch wir davon ausgehen, dass eine Lenkungswirkung besser als Subventionen ist. Der entscheidende Punkt ist aber: Es muss eine Lenkung sein, die auch wirklich funktioniert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Alexander König (CSU): Ich gestatte keine Zwischenfrage.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Alexander König (CSU): Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Ende. – Deshalb kommt nur eine Lenkungswirkung in Betracht, die den gesamten Energiemarkt betrifft und in ganz Europa umgesetzt wird. Wir brauchen keine neue nationale Steuer der GRÜNEN. Das wäre eine Mogelpackung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Der Klimawandel und der Klimaschutz gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit, und das weltweit. Ich glaube, da sind

wir uns einig. Wir begrüßen und unterstützen das Ziel unserer Bundesregierung, ein nationales Klimaschutzgesetz mit konkreten Zeit- und Sektorenzielen zu verabschieden, die den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens entsprechen. Wir gehen den Klimawandel auch auf bayerischer Ebene gezielt an. Zur Thematik der CO₂-Steuer haben wir im Koalitionsvertrag Folgendes vereinbart:

Wir schützen das Klima. Wir geben dem Klimaschutz Verfassungsrang und werden ein Bayerisches Klimaschutzgesetz schaffen.

Meine Damen und Herren, dass uns dieses Vorhaben noch nicht gelungen ist, liegt daran, dass GRÜNE und AfD dies bislang in diesem Saal verhindert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr richtig! Das ist peinlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Klimaschutzgesetz sollte dem Ziel der Reduzierung der Treibhausgasemissionen in unserem Land dienen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag auch konkrete Ziele genannt. Bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen in Bayern auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr reduziert werden. Das wollen wir schnellstmöglich mit dem kontinuierlichen Ausbau von erneuerbaren Energien, intelligenten Stromspeicherlösungen und dem eventuell vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung erreichen, über den wir letzte Woche diskutiert haben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dafür muss erst einmal das Windkraftverhinderungsgesetz weg!)

Wir wollen unser Klimaschutzprogramm zielorientiert fortführen. Dieses dient als Basis für eine internationale, langfristige und möglichst globale Lösung. Herr Hartmann, dies erfordert natürlich konsequentes Handeln mit dem Ziel der Emissionsminderung. Da gebe ich Ihnen recht. Als ein starkes Industrieland müssen wir unserer Vorbildfunktion gerecht werden. Das wissen wir. Die CO₂-Bepreisung bringt aus volkswirtschaftlicher

Sicht sicherlich einige Vorteile mit sich. Im Gegensatz zu anderen klimapolitischen Maßnahmen trifft sie das Treibhausgas CO₂ direkt. Die CO₂-Bepreisung kann also grundsätzlich als technologieoffener, marktwirtschaftlicher und kosteneffizienter Ansatz ein sinnvolles Instrument sein. Eine unbürokratische Lösung, Fragezeichen? – Leider nur auf den ersten Blick, Herr Hartmann. Aus unserer Sicht müssen dabei nämlich wichtige Leitplanken eingehalten werden:

Erstens. Die CO₂-Bepreisung muss aufkommensneutral erfolgen. Die Stromkunden müssen dabei nachhaltig entlastet werden.

Zweitens. Nationale Alleingänge – das betone ich ausdrücklich – sind zu vermeiden. Es gilt, am Ziel einer international koordinierten Lösung festzuhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Drittens. Soziale Härten, insbesondere für Geringverdiener, Berufspendler, Mieter oder für den ländlichen Bereich, müssen ausgeglichen werden.

Viertens. Zudem gilt es, den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünftens. Bei der Diskussion über eine CO₂-Bepreisung ist insbesondere darauf zu achten, dass Verbraucher und Wirtschaft nicht überfordert werden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss gewahrt werden. Ziel ist es dabei, zu verhindern, dass Produktionen und somit auch Arbeitsplätze nur ins Ausland verlagert werden. So würde eine Verteuerung des CO₂-Ausstoßes sicherlich keinen Sinn machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, der Vorstoß der GRÜNEN mit seinen marktwirtschaftlichen Grundsätzen weist in die richtige Richtung. Vor dem Hintergrund der eben skizzierten

Leitplanken hat er jedoch eklatante Schwächen, die ich noch nennen möchte: Ihr Modell zielt auf einen nationalen Alleingang ab. Dieser beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

(Alexander König (CSU): Nationale Alleingänge sind ein Irrweg!)

Er würde außerdem nur zu einer Verlagerung von Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und CO₂-Emissionen ins Ausland führen. Dies würde unserer Wirtschaft ungemein schaden und wäre auch klimapolitisch völlig ineffizient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU):
Schaumschlägerei ist das!)

Ferner ist fraglich, ob das Modell einer reinen CO₂-Bepreisung geeignet ist, die bestehenden sozialen Härten auszugleichen, die bei einer Bepreisung in den Sektoren Mobilität und Wärme eintreten würden. Herr König hat das eben erwähnt. Ich darf wiederholen: Insbesondere für Geringverdiener, Berufspendler, Mieter und Menschen im ländlichen Raum darf es dadurch keine Benachteiligungen geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger sind dringend notwendig. Sie müssen aber so gestaltet sein, dass sich daraus keine unfaire Umverteilung zwischen Arm und Reich oder zwischen Stadt und Land ergibt. Die Ökonomen des RWI in Essen haben vor Kurzem die Wirkung einer CO₂-Steuer bewertet. Sie können das in der "ZEIT" nachlesen. Die größten Verlierer dabei sind Alleinstehende im ländlichen Raum, die noch in schlecht gedämmten Häusern mit Ölheizungen leben oder auf ihren Pkw angewiesen sind.

Auch aus Sicht von Frau Prof. Dr. Karen Pittel vom ifo Institut in München könnte eine CO₂-Steuer sozial unverträglich wirken, da sie insbesondere die genannten Bevölkerungssegmente treffen würde. Das steht ebenfalls in der Zeitung, nämlich im "Münchener Merkur" vom 2. Juli.

Meine Damen und Herren, um die erforderliche Akzeptanz einer CO₂-Bepreisung zu gewährleisten und Proteste wie in Frankreich zu vermeiden, ist ein effektiver Ausgleich von sozialen Härten zwingend erforderlich. Aus meiner Sicht wäre auch eine erhöhte Bürokratie nicht zu vermeiden. Dazu zählen die Einführung von Energie-Check-ups oder eines Energiegeldes. Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER will deshalb erst einmal bürgerfreundliche, klimaverträgliche und vernetzte Angebote schaffen, bevor eine CO₂-Bepreisung, eine CO₂-Steuer, entwickelt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen damit im Einklang mit dem Koalitionsvertrag. Darin ist zu lesen: "Wir lehnen Steuererhöhungen jeder Art entschieden ab." Eine CO₂-Steuer, wie sie im Schweizer Modell vorgesehen ist, betrachten wir eher skeptisch. Das haben wir Ihnen auch deutlich signalisiert. Sie erinnern sich: Wir hatten vor zwei Wochen im Wirtschaftsausschuss einen Dringlichkeitsantrag von Ihnen, der mit großer Mehrheit von CSU, FREIEN WÄHLERN, AfD und FDP bei Enthaltung der SPD klar und deutlich abgelehnt wurde. Wir tun das auch heute;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

denn Ihre Vorschläge sind nur ideologisch und nicht realistisch.

Meine Damen und Herren, zielführender bzw. alternativ zu prüfen wäre, ob nicht die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels der richtige Weg wäre,

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

um dem CO₂ einen fairen Preis zu geben.

(Alexander König (CSU): So sehen wird das auch!)

Insgesamt stellt der Emissionshandel aus meiner Sicht ein effektives Mittel dar, um Klimaschutzziele zu erreichen. Hierzu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ich sage aber auch: Zum jetzigen Zeitpunkt hat sich noch nicht herauskristallisiert, welches konkrete

Modell die wirkungsvollste Lenkungs- und Steuerungswirkung erzielt. Darüber gibt es innerhalb der Bundesregierung noch einen Streit; das ist umstritten. Das sogenannte Klimakabinett wird noch festlegen, wie weiter verfahren werden soll. Ich meine, dieser Entscheidung sollten wir heute und hier nicht vorgreifen, sondern abwarten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei jeglicher – und damit komme ich zum Schluss – Zielrichtung sollten wir eines, meine Damen und Herren, stets im Blick haben, nämlich das energiepolitische Dreieck: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Diese drei Faktoren sind für uns von essenzieller Bedeutung – integriert in ein innovatives neues Energiekonzept. Daran arbeiten wir.

Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg – auf dem Weg in die Zukunft in ein neues Zeitalter; mit Sinn und Verstand in ein Zeitalter des Klimaschutzes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schicke voraus: Wir lehnen eine Klimasteuer natürlich auch ab – gerade vor dem Hintergrund dieser ganzen Klimadebatte und normalerweise allein vor dem Hintergrund dieser ganzen Klimadebatte. Denn Klimadynamik ist ein globales Phänomen, das den Zeitgeist mehr bestimmt denn je;

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

eine Dynamik, die seit der Entstehung unseres Planeten besteht und noch lange bestehen wird.

Klimaänderungen, die zu Kalt- und Warmzeiten führten, wurden noch vor einigen Hundert Jahren allein durch natürliche Prozesse ausgelöst. Es waren terrestrische Prozesse, wie Vulkanausbrüche, oder extraterrestrische Prozesse, zum Beispiel die Milankovic-Zyklen oder solare Aktivität, die zu teils erheblichen Änderungen bereits des Paläoklimas führten. Warmzeiten folgten auf Kaltzeiten und umgekehrt.

(Florian von Brunn (SPD): An Ihrer Rede merkt man, dass es sehr heiß heute ist!)

Vor über 300 Millionen Jahren lag übrigens die CO₂-Konzentration häufig in der Nähe des einstelligen Prozentbereichs. Das war Normalität lange vor dem Menschen. Das Klima war tropisch, die Pole waren eisfrei. Insgesamt 60 % der erdgeschichtlichen Zeit war es sozusagen hier teilweise wärmer. Tropische Urwälder bestimmten unser Landschaftsbild; sie bauten infolge geologischer Prozesse beispielsweise die Kohlenlagerstätten auf, die wir heute noch nutzen können.

Seit Beginn der Industrialisierung vor circa 150 Jahren und seit Beginn der Nutzung dieser fossilen Energieträger erhöhte sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von sage und schreibe 0,03 % auf 0,04 % – diese Erhöhung soll nun den Auslöser und Startpunkt eines gravierenden Klimawandels darstellen. Allein deswegen warnen wir ausdrücklich vor gesinnungspolitischen Schnellschüssen und Alleingängen, deren Folgen für unsere Bürger schlichtweg nicht absehbar sind.

Deutschland soll eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir dürfen aber nicht zu Vorreitern darin werden, die Industrie und uns selbst abzuschaffen. Wir Deutschen gehen bereits mit sehr gutem Beispiel voran. Seit 1990 haben wir unsere Gesamtemissionen bei fortschreitender Industrialisierung um 30 % gesenkt.

Unsere Leistungsträger leiden bereits heute unter der höchsten Steuer- und Abgabenglast weltweit. Darüber hinaus müssen sie eine auf Naivität, Unwissenheit und Ideologie fußende Energiewende – durchgeführt von der SPD, der CDU/CSU und von den GRÜNEN propagiert – auf ihren Schultern tragen. Der kleine Arbeiter muss das tra-

gen, was man ihm eingebrockt hat, und wenn es nach den GRÜNEN gehen soll, muss diese Last in Zukunft sogar noch erhöht werden.

Wir haben die höchsten Strompreise in Europa. Bis wann denken Sie dieses Spiel mit den wertschöpfenden Menschen in diesem Land vorantreiben zu können? Der Mittelstand und der normale Arbeitnehmer sollen für diese diffuse Klimapolitik also noch weiter ausgepresst werden. Das geht so nicht!

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN – wir haben es von Herrn Hartmann gehört – sind ja die Katastrophenpartei. Es werden allenthalben Katastrophen propagiert.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Es ist also keine Zeit mehr übrig. Nach 4,6 Milliarden Jahren auf diesem Planeten wird hier eine Endzeitstimmung propagiert. Dann wird gesagt: Jeder einzelne Mensch soll anständig, ressourcenschonend leben. Dem stimme ich zu.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Es würde schon reichen, wenn Sie sich anständig benehmen!)

Sie jetten hier aber um die Welt. Ich bin dieses Jahr noch nicht um die Welt gejettet und bin auch letztes Jahr nicht gejettet, und heute Morgen bin ich mit dem Fahrrad gekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Sie propagieren etwas, das Sie selber nicht umsetzen, und Ihre Vorsitzende hat dann zehn Flüge pro Jahr. Das ist doch in einem hohen Grad unglaubwürdig.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bravo! – Beifall bei der AfD)

Also: Die steigenden Produktionskosten werden in Deutschland nicht nur zu weiter steigenden Lebenshaltungskosten führen, sondern auch zu einem Abbau von Arbeits-

plätzen. Die Einführung einer CO₂-Besteuerung im nationalen Alleingang ist ein Irrweg und senkt unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt natürlich besonders im Hinblick auf die Automobilindustrie. Wenn Sie die Arbeitsplätze in dieser Branche abschaffen, wird es einigen Leuten hier sehr schlecht gehen.

Zum Schluss kann ich Folgendes sagen: Wir werden hier nicht mitmachen. Wir lehnen auch diese Klimahysterie ab. Wir wollen keine Endzeitstimmung – im Gegenteil: Wir wollen, dass man mit Sachverstand und ohne Emotion und Angst an diese Thematik herangeht; auch die Wissenschaft muss hier wieder zu mehr Sachlichkeit zurückkommen. Der Bürger darf auf keinen Fall die Zeche zahlen, die Sie ihm einbrocken wollen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD hat der Kollege Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Große Koalition wird noch in diesem Jahr ein Klimaschutzgesetz durch den Deutschen Bundestag bringen, und das Bundesumweltministerium hat zwei Gutachten für eine CO₂-Bepreisung in Auftrag gegeben, die in wenigen Tagen vorliegen werden. Das ist einer von mehreren Bausteinen für unsere Klimapolitik.

Für die Sozialdemokratie muss eine CO₂-Bepreisung sozial gerecht sein. Das heißt, es gibt wichtige Bedingungen. Die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen werden eher entlastet – nicht mehr. Mieterinnen und Mieter werden geschont. Wir brauchen Lösungen für Pendlerinnen und Pendler, solange gerade auf dem Land kein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr zur Verfügung steht. Genau darum geht es in dem Gutachten, das die Bundesumweltministerin in Auftrag gegeben hat.

Die GRÜNEN wollen das aber nicht abwarten; sie veranstalten jetzt schon in Berlin und München einen aufgeregten medialen Budenzauber.

(Beifall bei der SPD)

Nur in Berlin, Herr Hartmann, fordern Sie einen Anfangspreis von 40 Euro pro Tonne CO₂ – Frau Baerbock –, und in München legen Sie einen drauf und fordern 50 Euro pro Tonne CO₂. Was gilt denn jetzt? Vielleicht erklären Sie uns das bitte noch einmal.

(Alexander König (CSU): Und im Antrag sprechen sie von 150 Euro!)

In Ihrer Pressekonferenzvorlage vom vergangenen Montag zum Thema heißt es: Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Dänemark und Schweden seien Deutschland schon lange vorausgeeilt. – Ich habe dazu einmal einen Faktencheck durchgeführt. Herr Hartmann, Sie sind am Montag zusammen mit einer Schweizer Energieagentur aufgetreten; Sie haben das jetzt auch gerade erwähnt. Offenbar sehen Sie die Schweiz als großes Vorbild.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Grundidee!)

Ich verstehe das nicht ganz; denn während Deutschland seinen CO₂-Ausstoß seit 1990 um über 27 % reduziert hat, hat ihn die Schweiz nur um 12 % reduziert. Das ist nicht einmal die Hälfte!

(Beifall bei der SPD)

Außerdem schreibt das Schweizer Bundesamt für Umwelt: Addiert man die durch Importgüter im Ausland verursachten Emissionen hinzu, beläuft sich das Total der Pro-Kopf-Emissionen auf mehr als das Doppelte: 14 Tonnen CO₂-Äquivalente. Das ist viel höher als in Deutschland. Dabei liegt der Anteil der Atomkraft in der Schweiz bei fast 40 %, in Deutschland bei 11,7 %. Die ältesten Schweizer Atomkraftwerke – übrigens fast die dienstältesten der Welt – stehen direkt an der Grenze zu Deutschland. Genau dort, in Nachbarschaft zum grün regierten Baden-Württemberg, will die Schweiz auch ihr atomares Endlager einrichten. Sie haben sich ein ganz schlechtes Vorbild ausgesucht.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wie sieht es mit Ihren anderen Beispielen aus? – Frankreich hat seinen CO₂-Ausstoß seit 1990 bei einem Anteil der Atomkraft von 72 % nur um 16 % vermindert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie müssen den Effekt der Wiedervereinigung mal herausrechnen, Herr Kollege!)

In Norwegen sind die CO₂-Emissionen trotz eines sicherlich nicht überall naturverträglichen Wasserkraftanteils von 96 % sogar leicht angestiegen. Schweden hat seine Emissionen zwar ungefähr so reduziert wie wir, dies aber bei einem Atomkraftanteil von 40 %. Dann bleibt nur noch Großbritannien, das seine CO₂-Emissionen zwar stark reduziert hat; es hat aber um ein Drittel weniger industrielle Wertschöpfung als Deutschland und nicht einmal die Hälfte der deutschen Exportquote.

(Beifall bei der SPD)

Das spielt natürlich auch eine gewichtige Rolle, übrigens auch für das Volkseinkommen. Wenn sich alle gegenseitig die Haare schneiden oder Finanzdienstleistungen erbringen, ist der CO₂-Fußabdruck natürlich geringer. So viel zu Ihren wenig soliden Vergleichen.

Ja, ich finde es unseriös, einen falschen Eindruck zu erwecken. In Deutschland muss noch viel getan werden. Das ist selbstverständlich. – Ja, wir brauchen möglichst bald ein Konzept zur Bepreisung von CO₂. Das muss aber gründlich, ökonomisch solide und sozial gerecht gemacht werden. Warten wir deswegen die Gutachten in Berlin ab. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Herr Hartmann, das sollten auch Sie tun.

Es bleibt ungerecht und unzureichend, wenn wir nicht gleichzeitig Investitionen tätigen, wenn wir nicht gleichzeitig in die Energie- und vor allem auf dem Land in die Verkehrswende investieren. Wir müssen den Menschen eine Alternative anbieten und dürfen nicht nur Energie und Mobilität verteuern. Wir brauchen deswegen nicht nur Preissignale, sondern vor allem viel mehr staatliche Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz und klimafreundlichen Verkehr.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass wir heute hier im Landtag eine Aktuelle Stunde zur Klimapolitik haben. Sie ist von der Fraktion beantragt worden, die gemeinsam mit den Klimawandelleugnern von der AfD verhindert hat, Klimawandel als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

(Alexander König (CSU): Das ist die Wahrheit!)

Sie haben offenbar dazugelernt. Das ist doch eine wunderbare Sache.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben im vorletzten Beitrag von der AfD gerade gehört, der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre sei lediglich von 0,03 % auf 0,04 % gestiegen. Das sei ja nicht viel. Bei Ihnen sagt man ja auch ganz gerne "Vogelschiss".

(Zustimmung und Heiterkeit bei der FDP – Unruhe bei der AfD)

Meine Damen und Herren, von 0,03 % auf 0,04 % – das ist eine Steigerung von 30 %. Stellen Sie sich mal vor, Ihre Körpertemperatur von 37 Grad stiege um 30 %. Dann läge sie bei 48 Grad. Dann kann ich manche Äußerung von Ihnen, meine Damen und Herren, auch wieder verstehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nein, der Klimawandel und auch der menschliche Anteil daran sind nicht zu bestreiten. Das ist wissenschaftlicher Konsens. Sie können gegen diesen wissenschaftlichen Konsens eine Wette eingehen und sagen: Ich glaube nicht daran. Ich glaube daran, dass die 97 % der Klimawissenschaftler, die das sagen, alle falsch liegen. – Sie kön-

nen das machen, meine Tochter nicht! Meine Tochter ist nämlich drei Jahre alt. Sie wird, statistisch gesehen, das Jahr 2100 erleben. Diese Generation kann es sich nicht leisten, eine solche Wette gegen den Konsens der Wissenschaft einzugehen. Dieser Generation sind wir es auch schuldig, dass wir jetzt effektive Maßnahmen für den Klimaschutz einleiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Deutschland hat am globalen CO₂-Ausstoß einen Anteil von 2 %. Herr Hartmann hat gesagt, auch der Rest der Welt trage ein bisschen zum CO₂-Ausstoß bei. Das sind die anderen 98 %, die auch einen Anteil daran haben.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass wir das Klima nicht in Deutschland retten werden. Wer diesen Eindruck erweckt, macht sich auch lächerlich. Deutschland muss aber, genauso wie alle anderen, einen Beitrag leisten. Deutschland muss als High-tech-Land und Innovationsstandort vor allem eines tun: Wir müssen Vorreiter sein, weil wir die Klimakrise nicht durch Verzicht und Askese lösen werden. Wir müssen Vorreiter sein, weil uns die anderen Länder der Welt auf einen Weg des Verzichts und der Askese nicht folgen werden. Wir müssen Vorreiter sein, weil wir gerade die Schwellenländer wie China und Indien nicht dazu bringen werden, auf Wachstum zu verzichten. – Nein, wir werden das Klima nur schützen und als Deutschland nur Vorbild sein können, wenn wir es schaffen, das Wirtschaftswachstum vom CO₂-Ausstoß zu entkoppeln.

(Beifall bei der FDP)

Dabei sind wir auf einem guten Weg. Deutschland hat seine CO₂-Emissionen bei stetigem Wirtschaftswachstum seit 1990 bereits um 27 % reduziert. Wir haben aber auch Sektoren, in denen das nicht der Fall ist, beispielsweise im Verkehrssektor. Dort sind die CO₂-Emissionen seitdem gestiegen. Das liegt auch daran, dass der Verkehrssek-

tor, anders als beispielsweise der Energiesektor, nicht in den Europäischen Emissionshandel, den EU-ETS, einbezogen ist.

Meine Damen und Herren, der ETS ist das richtige Instrument, das wir auf alle Sektoren ausweiten müssen, um das Klima zu schützen. Beim ETS legt die Politik nicht den Preis, sondern die Menge, die an CO₂ maximal emittiert werden darf, fest. Der Preis bildet sich dann am Markt. Niemand, meine Damen und Herren, kann den Preis besser festlegen als Angebot und Nachfrage.

Es ist eine grüne Hybris, dass Sie glauben, Sie als Politiker wüssten den richtigen Preis für CO₂, und das auch noch nach verschiedenen Branchen differenziert. Meine Damen und Herren, das ist Hybris. Wie willkürlich das ist, erkennen wir auch daran, dass Ihre Partei, dass die GRÜNEN auf Bundesebene vor genau einer Woche gesagt haben, der Preis für CO₂ solle 40 Euro pro Tonne betragen. Sie im Bayerischen Landtag erklären uns heute, er müsse mindestens 50 Euro pro Tonne betragen.

Ich weiß nicht, ob Sie das bei sich in der Fraktion ausknobeln oder wie Sie auf diese willkürlichen Preise kommen. Sie schlagen dann auch noch bürokratische Ausnahmen vor. Wer einen Energiecheck mache, könne befreit werden.

(Alexander König (CSU): Das ist Aktionismus pur!)

Meine Damen und Herren, das ist der völlig falsche Weg. Wir brauchen keine politisch willkürlich festgelegten Preise. Wir brauchen keine bürokratischen Ausnahmen, sondern wir brauchen einen ETS, der für alle Sektoren ausgehandelt ist und bei dem die Politik sagt, wann mit den CO₂-Emissionen Schluss ist. Diese Emissionen werden dann dort anfallen, wo es am günstigsten ist. Das geht eben nur, wenn CO₂ in jedem Sektor den gleichen Preis hat. Dann erreichen wir, dass die Einsparung dort erfolgt, wo es zu den geringsten Kosten möglich ist. Meine Damen und Herren, das ist effizienter Klimaschutz, der auch unseren wirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird.

(Beifall bei der FDP)

Herr Hartmann, Sie entgegnen, der ETS sei nur in einem sehr langen Zeitraum auf andere Sektoren ausweitbar. Weil die Zeit so dränge, müssten wir das mit einer Steuer machen. – Sie liegen falsch. Der ETS sieht explizit vor, dass er auch im nationalen Rahmen auf andere Sektoren ausgeweitet werden kann. Das heißt, wir als Deutschland können, ohne mit anderen europäischen Partnern nur sprechen zu müssen, unseren Verkehrs- und unseren Gebäudesektor in den ETS einbeziehen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat gestern ein Gutachten vorgestellt, das darlegt, dass das – anders als das Bundesumweltministerium behauptet – nicht nur europarechtlich möglich, sondern auch innerhalb lediglich eines halben Jahres umsetzbar ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Martin Hagen (FDP): Herr Hartmann, zeigen Sie mir einmal, wie Sie innerhalb eines halben Jahres Ihre Steuer umsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das Gutachten können wir nicht mehr vorstellen.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe, die wir engagiert angehen müssen. Das müssen wir aber so machen, dass es auch wirklich effizient ist. Wir dürfen es nicht so machen wie die GRÜNEN, die nach dem Motto handeln, Klimaschutz müsse möglichst weh tun. – Nein, Klimaschutz muss möglichst effizient passieren, weil uns nur dann auch andere folgen werden.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Eric Beißwenger von der CSU.

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wie bereits mehrfach betont, ist es wichtig, das Thema Klimaschutz anzunehmen, denn der Schutz des Klimas ist die zentrale Herausforderung und eine weltweite Aufgabe. Der Klimawandel ist, wie in vielen Teilen der Welt, auch in Bayern spürbar und messbar. Die Durchschnittstemperatur steigt, und immer häufiger kommt es leider auch zu extremen Wetterereignissen mit erheblichen Personen- und Sachschäden.

Das Ausmaß der Herausforderung, vor der wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des Klimaschutzes bei Abwägungsentscheidungen klar zu benennen und auch weiter zu stärken. Die dafür erforderlichen Anstrengungen müssen nicht nur durch Entscheidungen auf europäischer Ebene und auf Bundesebene, sondern auch durch eine Vielzahl von Entscheidungen auf Landesebene umgesetzt werden. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe und kann nur in gemeinsamer Anstrengung aller Ressorts umgesetzt werden. Die aktive Einbindung aller Betroffenen in Wirtschaft und Gesellschaft ist hier unabdingbar.

Es besteht die dringende Notwendigkeit, wirksame Klimaschutzmaßnahmen auf allen Entscheidungsebenen zu treffen. Um das von der EU und vom Bund beschlossene Ziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen, ist ein gesetzlicher Rahmen in Form eines Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene notwendig, das die nationalen Klimaschutzziele verbindlich festlegt. Dieses deutsche Klimaschutzgesetz schafft dann die rechtliche Grundlage dafür, den international eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen vollständig nachzukommen und damit auch auf Landesebene konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Nur so haben die Klimaschutzgesetze der Länder eine ergänzende und flankierende Wirkung neben einem künftigen Bundesklimaschutzgesetz.

Bayern will zum Erreichen der Klimaschutzziele von Paris beitragen und mit einem Bayerischen Klimaschutzgesetz die eigenen Klimaschutzziele verbindlich festlegen. Das Gesetz wird einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und eine gesetz-

liche Grundlage zur Festlegung notwendiger Maßnahmen darstellen. Allerdings müssen überlappende und miteinander im Konflikt stehende Regulierungen in einem Bundesklimaschutzgesetz und einem Landesklimaschutzgesetz unbedingt vermieden werden, um damit die Kosten für den Klimaschutz nicht unnötig zu erhöhen.

Die richtige Reihenfolge lautet deshalb: Erstens die Änderung der Verfassung, zweitens das Bundesgesetz und drittens das Landesgesetz. Der Klimaschutz sollte in Form einer Staatszielbestimmung ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir im Landtag eingebracht. Damit soll der Klimaschutz als vorrangige Aufgabe von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts benannt werden.

Die Bayerische Staatsregierung nimmt den Klimaschutz sehr ernst und ist ambitioniert, die Klimaschutzziele zu erreichen. Bis zum Jahr 2050 soll die Treibhausgasemission auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr reduziert werden. Bayern verfügt seit Langem über Instrumentarien, wie zum Beispiel die Strategie "Klimaschutz Bayern 2050", die Bayerische Klima-Anpassungsstrategie oder das Bayerische Energieprogramm, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Die Maßnahmen der bayerischen Klimapolitik sind offensichtlich erfolgreich. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß im Freistaat ist schon heute mit sechs Tonnen pro Einwohner und Jahr um ein Drittel niedriger als der Bundesdurchschnitt. Damit zählt Bayern weltweit zu den im Klimaschutz fortschrittlichsten Industrieländern.

Es wird immer gefragt, was wir konkret tun. Ich nenne ein paar ganz konkrete Beispiele. Wir haben nicht nur die Haushaltsmittel deutlich und kräftig erhöht. Es gibt auch Programme wie das Vertragsnaturschutzprogramm oder das Kulturlandschaftsprogramm. Ich war zu vielen Terminen in meinem Stimmkreis unterwegs. Das Strausbergmoos wurde mit 90 % staatlichem Zuschuss saniert. Das ist nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für den Artenschutz und die Artenvielfalt sehr wichtig, weil hier

eiszeitliche Arten vorkommen. Auch der Blausee bei Oy-Mittelberg wurde mit staatlicher Förderung renaturiert. Das sind sehr erfolgreiche Projekte.

Ich bitte Sie aber auch zu bedenken, was jeder Einzelne tun kann. Die Fernreisen sind schon angesprochen worden. Wenn ich eine Fernreise mit dem Flugzeug nach Kalifornien unternehme, muss ich ein Jahr lang auf Autofahren oder Fleischessen verzichten, um den gleichen ökologischen Fußabdruck zu hinterlassen. Ich verzichte lieber nicht aufs Fleischessen und aufs Autofahren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir jetzt angehört, was die CSU in der von uns beantragten Aktuellen Stunde wieder gesagt hat: Wie so oft werden unsere Ideen schlechtgeredet, eigene Ideen aber nicht dagegengesetzt. Herr König, Sie hätten sich gleich nach dem ersten Satz wieder setzen können, denn Sie haben gesagt, sie hätten selber keine Ahnung und kein Konzept. Genau das kommt nämlich heraus: Sie versteifen sich immer darauf, dass es international eine Lösung braucht. Im Endeffekt heißt das aber, dass Sie nichts tun wollen. Von der Rede des Herrn Beißwenger ist mir noch der Blausee in Erinnerung. Sie wollen tatsächlich nichts tun, um endlich den Klimaschutz voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie wollen nur etwas tun, um es zu tun, ohne zu wissen, ob es etwas bringt!)

Das Umweltbundesamt, Prof. Edenhofer und der Thinktank Agora Energiewende unterstützen alle diese Idee. Daher ist klar – Sie sollten sich einmal damit beschäftigen –, dass es nicht um die Einführung einer neuen Steuer geht. Wir haben unterschiedliche Energiesteuern auf Diesel, Benzin oder Heizöl, und die können wir jederzeit än-

dern. Herr Hagen, wir können das sehr schnell tun. Wir können schon zum 1. Januar 2020 die Energiesteuersätze ändern. Das geht nach Ihrem Vorschlag beim ETS nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie wollen die Wirtschaft gleich heute ruinieren statt morgen!)

Wir haben im Prinzip drei Modelle. Das eine ist die CO₂-Bepreisung. Wir reden immer über den Bereich Verkehr und Wärme, also über den Non-ETS-Bereich. Daneben haben wir den nationalen Einbezug in den Emissionshandel und den europaweiten Einbezug aller Sektoren in den Emissionshandel. Das Modell einer CO₂-Bepreisung ist das mit Abstand einfachste Modell, weil dabei nur bestehende Energiesteuersätze geändert werden müssen.

Wenn man sieht, welche Länder dieses Modell in welchen Sektoren umgesetzt haben, erkennt man die tatsächlichen Einsparungen. Wir haben in Bayern und in Deutschland seit 2006 keine Einsparungen mehr. Deswegen brauchen wir neue Vorgaben. Wir müssen es differenzieren. Wenn wir alle Sektoren in einen Topf schmeißen, wie es das Konzept der FDP vorsieht, haben wir im Verkehr keine Lenkungswirkung. Wir können einen Härtefallfonds einrichten und damit die Pendler entlasten. Das ausschlaggebende Argument ist die Zeit. Die Zeit läuft uns einfach davon. Wir müssen jetzt Klimaschutz machen. Das einzig wirksame Modell von den drei Modellen ist die CO₂-Bepreisung, weil wir damit schnell etwas ändern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Strafzahlungen von 30 bis 60 Milliarden Euro, die wir an die EU zahlen müssen, stehen im Raum. Zum nationalen Einbezug in den Emissionshandel muss Artikel 24 der Emissionshandelsrichtlinie geändert werden. Dann heißt es auf einmal, Raffinerien müssen besteuert werden. Das ist bis jetzt noch nicht der Fall. Die Emissionshandelsrichtlinie wurde erst vor Kurzem geändert. Europaweit müsste das geändert werden. Europaweit hätten wir massive Änderungen vor uns, und ich bin mir sicher, dass das

eine oder andere Land, das bisher auf der Klimaschutzbremse steht, dagegen klagen wird.

Das Gleiche gilt für den europaweiten Einbezug aller Sektoren. Wir brauchen dazu eine komplette Reform der Emissionshandelsrichtlinie. Es dauert allein zwei Jahre, bis die Kommission in Brüssel einen Vorschlag vorlegt, es dauert weitere zwei Jahre, bis die Umsetzungsfrist verstrichen ist. Alle Experten, die sich im Europarecht auskennen, sagen: Frühestens 2025 kann das umgesetzt werden. Das ist einfach zu spät. Wir können nicht noch einmal fünf Jahre so weitermachen. Dann ist das CO₂-Budget, das wir in Bayern noch haben, zur Hälfte aufgebraucht.

Deswegen brauchen wir die CO₂-Bepreisung jetzt. Wenn sich dann die EU darauf einigen sollte, einen Emissionshandel einzuführen, der alle Sektoren umfasst, können wir jederzeit die nationalen Steuersätze auf Benzin, Diesel, Heizöl usw. senken und auf einen Zertifikatehandel umsteigen. Das ist machbar. Das ist der Charme dieses flexiblen Modells. Es kann sofort eingesetzt werden. Vor allem schaffen wir es, die CO₂-Emissionen tatsächlich zu senken.

Unser klarer Appell: Wir brauchen jetzt Maßnahmen. Sie können den Klimaschutz nicht weiter auf die lange Bank schieben. Wie viele Dürren, wie viele Waldbrände und wie viele Hitzerekorde brauchen Sie noch, um endlich aufzuwachen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Sandro Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hartmann, gestern haben Sie in der Zeitung Ihre große Stunde von heute angekündigt und mit einem Zitat mehr oder weniger suggeriert, dass Ihre Idee von der bayerischen Wirtschaft unterstützt wird. Ich finde es schon schade, dass Sie das so dargestellt haben, weil es einfach

nicht stimmt. Erst gestern hatten wir ein Gespräch mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern. Dort haben wir ganz klar zu hören bekommen, dass es zu diesem Thema noch gar kein Positionspapier und kein Konzept gibt. Deswegen kann Ihnen die Wirtschaft auch keine Zugeständnisse gemacht haben. Im Gegenteil, eine IHK denkt europäisch und international, weil es der Wirtschaft darum geht, den Wirtschaftsstandort Bayern in den Vordergrund zu stellen und Nachteile zu vermeiden, und deshalb muss der Klimaschutz auch international durchgesetzt werden.

Auch die vbw, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., lehnt als Vertreter der Wirtschaft nationale Alleingänge, wie Sie sie skizziert haben, und vor allem eine einseitige Verantwortungszuweisung ab. Herr Hartmann, an dieser Stelle stelle ich fest, dass Sie für Ihre Idee die falschen Kronzeugen benannt haben. Sie haben die bayerische Wirtschaft für Ihre planwirtschaftliche Hybris, für Ihr Bürokratiemonster und vor allem für Ihre Idee, die sozial Schwachen in die Ecke zu stellen, ganz klar missbraucht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Ideologie ist für den Klimaschutz förderlich. Im Gegenteil, wir brauchen den Einklang von Ökonomie und Ökologie. Wir brauchen Innovationen und Anreize anstatt Belastungen. Einen effektiven und weltweiten Klimaschutz erreichen wir nur durch die gleichrangige Berücksichtigung von Klimawirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit. Dazu gehören aber auch Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation. Damit meine ich ganz klar auch das Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft, bei dem es darum geht, gemeinsam Ressourcen und das Klima zu schonen, Umweltinnovationen voranzubringen, aber auch Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern.

Sie haben Maßnahmen gefordert. Selbstverständlich gibt es Maßnahmen und Ideen, die in die Waagschale geworfen werden. Dazu zählt die Digitalisierung unserer Energiesysteme und des Verkehrs. Dazu zählen auch Energienetze und eine Ladeinfrastruktur und was alles noch dazu gehört. Weitere Maßnahmen sind die Förderung von Energieeffizienz, Energiesparmaßnahmen sowie Forschung und Entwicklung klima-

freundlicher Technologien. Dafür brauchen wir jedoch auch eine Leitlinie, die Sie immer wieder vergessen. Klimaschutzpolitik muss technologieoffen sein – ganz klar. Vor allem muss CO₂ dort eingespart werden, wo es möglich ist, wo es am effizientesten ist.

Deshalb will die CSU Anreize setzen, um CO₂ einzusparen. Das Einsparen von CO₂ soll belohnt werden. Es geht um steuerliche Anreize für CO₂-senkende Maßnahmen. Sie verhindern auf der Ebene des Bundesrats die steuerliche Förderung für die energetische Gebäudesanierung immer wieder an der einen oder anderen Stelle. Sie verhindern ebenfalls steuerliche Anreize für den Umstieg auf alternative Antriebe, gerade im Hinblick auf die Flächenberechnung aktueller Modelle.

Wir müssen uns auch über diejenigen Unternehmen Gedanken machen, die derzeit nicht am Emissionshandel beteiligt sind. Diese könnten vielleicht auch durch steuerliche Anreize motiviert werden. Zentraler Baustein einer Klimaschutzpolitik ist die Energiewende. Darauf sind Sie gar nicht eingegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und sozial verträgliche Strompreise haben oberste Priorität. Herr Hartmann, ich verweise auf die Schlagzeile der Titelseite des "Münchner Merkur" über Wacker Chemie. Dort wurde die Standortfrage gestellt. Das haben Sie zu verantworten. Das sollte uns in diesem Hause sensibilisieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Hartmann, bei der Klimapolitik geht es darum, die Wirtschaft einzubinden. Klimaschutzpolitik kann nur mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft betrieben werden. Ihr Bürokratiemonster ist schon Wahnsinn und zeigt, dass wir den Fokus darauf richten müssen, wo wir in Wirklichkeit CO₂ einsparen können. Wir sollten keine falsche Mathematik betreiben.

Herr Hartmann, der "FOCUS" hat vor Kurzem aufgezeigt, dass Ihre Klimaideen 100 Milliarden Euro und mehr bedeuten. Sie sagen nicht, wie Sie das gegenfinanzieren wollen. Damit belasten Sie in erster Linie die Oma auf dem Dorf, die sich Ihre Ideen nicht leisten kann. Sie belasten Familien, die auf einmal keinen Urlaub mehr machen und ihre Lebenshaltungskosten kaum bestreiten können. Sie werden ganz klar benachteiligt.

(Alexander König (CSU): Singles und Alleinerziehende!)

Wir als CSU möchten die Menschen belohnen und Anreize setzen. Sie als GRÜNE möchten die Menschen in erster Linie gängeln und vor allem bestrafen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie wollen umerziehen!)

Abschließend möchte ich noch ein Zitat aus der Zeitung "DIE ZEIT" bringen. "DIE ZEIT", die sich über die Ideen Ihrer Klimaschutzpolitik auslässt, ist der Auffassung, dass am Ende wohl doch die Union die bessere Idee habe, wie man den Klimawandel gestalten könne.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Kirchner. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Markus Büchler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, bitte schön.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrssektor, auf den ich jetzt den Blick richten möchte, hat eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz. Anstatt zu sinken, steigen im Verkehrssektor die CO₂-Emissionen nach wie vor. Dort haben wir den allergrößten Handlungsbedarf. Was macht die Bayerische Staatsregierung? – Immerhin – das habe ich heute in der Früh lesen dürfen – findet sogar der bayerische Umweltminister eine CO₂-Bepreisung sinnvoll. Das ist schon einmal ein sehr guter Ansatz. Aber der Rest der Bayerischen Staatsregierung feiert nach wie vor das Autoland Bayern und den Stra-

ßenbau – Rezepte der Vergangenheit. Meine Damen und Herren, wir GRÜNE sind der Auffassung, Bayern muss vom Autoland zum Klimaschutzland werden. Dafür braucht es einen CO₂-Preis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist klar, dass wir es den Menschen einfacher machen müssen, das Klima zu schützen. Solange die Bahn von München nach Berlin das Fünffache eines Flugtickets kostet, kann das mit dem Klimaschutz nichts werden. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass klimaschädliche Mobilität teurer und klimafreundliche Mobilität billiger wird. Dabei hilft uns der CO₂-Preis.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr König von der CSU, Sie haben vorhin versucht, etwas zur Wirtschaft zu sagen. Ihre Polemik passt sicherlich in manche Wirtschaft, aber bei dem, was Sie gesagt haben, wird mir himmelangst um die Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Prosperität in Bayern. Sie haben keinen Plan für die Zukunft und keine Lösungen für die größte Herausforderung unserer Zeit, den Klimaschutz. Ansonsten äußern Sie nur Polemik zu unseren konstruktiven Konzepten. Das finde ich schade und doch ziemlich unwürdig für eine Regierungspartei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bayerische Wirtschaft braucht keine Polemik, sondern politische Rahmenbedingungen, mit denen klimafreundliche und effiziente Produkte von morgen schon heute attraktiv sind. Unsere Wirtschaft lebt doch von Innovationen und Ideen. Deshalb hilft der CO₂-Preis den Unternehmen in Bayern, die Arbeitsplätze zu erhalten und diese fit für die Zukunft zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Jetzt wird es aber lächerlich!
Reden Sie mit der Chemieindustrie!)

– Ja, genau. Wir haben sehr wohl mit der Chemieindustrie geredet. Genau das können Sie auch von der Chemieindustrie hören. Sie finden das in unseren Konzepten. Sie sagen, wir hätten kein Konzept. Sie müssen jedoch auch lesen, was wir vorgelegt haben. Dort steht das sehr genau drin. Dort sind Rahmenbedingungen für die bayerische Wirtschaft enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen bei der Rettung des Klimas alle Leute mitnehmen und es allen ermöglichen, daran teilzuhaben. Deshalb haben wir in unserem Konzept die komplette Rückzahlung der Einnahmen im Zuge des Klimageldes von 100 Euro pro Person vorgesehen. Das entlastet insbesondere die Menschen, die über wenig Geld verfügen. Das gilt insbesondere für Familien. So wird Klimaschutz sozial gerecht gestaltet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der CSU, den FREIEN WÄHLERN und leider zu meinem großen Bedauern auch von der SPD sagen immer wieder: Man muss warten. Man muss auf internationale Lösungen warten. Man wartet auf Positionspapiere der IHK. Diese steht übrigens, wenn man mit ihr persönlich redet, dem Konzept sehr aufgeschlossen gegenüber. Immer muss man warten, bis andere handeln. Meine Damen und Herren, wenn Sie warten wollen, haben Sie offensichtlich den jüngsten IPCC-Sonderbericht nicht gelesen. Dieser gibt uns auf, sofort und einschneidend zu handeln. Wenn Sie warten wollen, wollen Sie das Klima offensichtlich nicht retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Florian von Brunn, du sagst, unser Konzept sei unsolide. Leider muss ich dir entgegen: Nein, deine Kritik ist unsolide. In der Schweiz ist der Verkehr gar nicht in der CO₂-Bepreisung enthalten. Deswegen kann sich die CO₂-Bepreisung auf den Verkehrssektor und die damit verbundenen CO₂-Emissionen bedauerlicherweise gar nicht

auswirken. Deswegen wollen wir es auch besser machen. Du sagst, in anderen Ländern sei seit dem Jahr 1990 auch nicht viel mehr CO₂ eingespart worden als in Deutschland. Dann fällst du auf die Falle rein, dass wir uns in Deutschland durch den Wiedervereinigungseffekt schönrechnen. Zu diesem Zeitpunkt sind die ganzen DDR-CO₂-Schleudern abgeschaltet worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf diesen Lorbeeren wollt ihr euch ausruhen. Das ist nicht die Lösung für morgen.

Deutschland hinkt zehn Prozentpunkte hinter dem Pariser Klimaschutzabkommen her. IPCC sagt, dass wir schnell und einschneidend handeln sollen. Ich meine, das reiche und starke Bayern muss vorangehen – wer, wenn nicht wir? Wir müssen Vorbild sein, die Lokomotive beim Klimaschutz in Deutschland und in Europa. Setzen Sie sich dafür ein, dass das Müllabladen in der Luft, nämlich der Ausstoß von CO₂, Geld kostet. Sagen Sie Ja zur CO₂-Bepreisung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Dr. Bächler. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Huber, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Ansatz der GRÜNEN fühle ich mich an den berühmten Spruch von Karl Valentin erinnert: Mögen täten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.

(Heiterkeit bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr schön!)

Sie wollen eine Abgabe einführen, aber Sie wollen diese Abgabe nicht mit einer Lenkungswirkung versehen, sondern Sie wollen sie wieder zurückerstatten. Ich frage mich:

Was soll das bringen, erst eine Abgabe einzuführen, die am Ende nicht wirkt, weil sie wieder zurückerstattet wird?

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Seien Sie ehrlich, seien Sie offen, und sagen Sie den Menschen, dass Ihr Ansatz dazu führt, dass Mobilität teurer wird, dass Energie teurer wird und dass die Menschen am Ende dafür zahlen müssen. Das wäre ehrlich, das wäre offen. Aber davor drücken Sie sich.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie hier sagen, wir, die CSU in Bayern, wir würden nur warten und das auf die lange Bank schieben, dann sage ich Ihnen: Das Gegenteil ist richtig. Wir haben in Bayern seit 2008 1 Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Wir warten nicht, wir handeln. Wir handeln schon viel länger, als die GRÜNEN uns mit ihren Anträgen vorgaukeln wollen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): In 25 Jahren ist CO₂ gerade mal um 8 % zurückgegangen! Das ist fast nichts!)

Das ist Fakt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich frage mich schon: Was soll denn eine Abgabe bringen, die erst erhoben und dann wieder zurückerstattet wird? Was soll die bringen außer einem großen Verwaltungsaufwand? – Mit diesen Plänen zeigen Sie wieder einmal, dass es Ihnen nicht darum geht, in Bayern Stadt und Land Hand in Hand zu führen. Nein. Was soll denn im ländlichen Raum passieren? Was soll denn der Pendler im ländlichen Raum tun? – Der hat doch gar keine Möglichkeit, sich anders zu verhalten.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Dann machen Sie doch eine Mobilitätsgarantie! – Unruhe bei den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Diese Abgabe wird deshalb doch gar keine Lenkungswirkung entfalten. Darüber hinaus sind Sie doch auch begrifflich völlig unscharf. Sie werfen permanent irgendwelche Begriffe in die Diskussion. Da weiß man gar nicht, geht es um die CO₂-Steuer, geht es um den Zertifikatehandel, geht es um die CO₂-Bepreisung.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Zuhören!)

Natürlich, wir brauchen in irgendeiner Art und Weise einen Preis für CO₂. Natürlich brauchen wir den.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aha!)

Den brauchen wir aber doch nicht zulasten der Pendler im ländlichen Raum, die an der Zapfsäule mit Ihrer CO₂-Steuer gar keine andere Möglichkeit haben, sich anders zu verhalten. Das ist sozial ungerecht, und das schadet vor allem in Bayern dem ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch absoluter Schmarrn! – Unruhe bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es natürlich wichtig, dieses Thema als Innovationsthema anzugehen. Seien wir doch einmal ehrlich: Der Wunsch nach Mobilität wird auch in Zukunft bleiben. Das sieht man im Übrigen doch gerade auch bei den GRÜNEN. Der Wunsch nach Mobilität ist bei keinem so groß wie bei den GRÜNEN, meine Damen und Herren. Schauen Sie sich das doch mal an!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei den GRÜNEN)

Deshalb sage ich: Der Wunsch nach Mobilität wird bleiben. Auch die Notwendigkeit, Kälte und Wärme in Gebäuden, in Industrieprozessen zu erzeugen, wird bleiben.

(Alexander König (CSU): Im wahrsten Sinne des Wortes!)

Deshalb stellt sich doch für uns die Frage: Wie regeln wir das in Zukunft so, dass es klimaschonend und mit wirtschaftlicher Wertschöpfung einhergehen kann?

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Klimaschutz ist deshalb für uns ein Innovationsthema, und bei diesem Thema gehen wir ganz, ganz deutlich voran. Das betrifft Kraftstoffe, Wasserstoff, die Entwicklung von synthetischen Kraftstoffen, aber selbstverständlich auch die Gebäudesanierungen und die Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz. Wie Herr Kollege Beißwenger das schon angesprochen hat, betrifft es natürlich auch Maßnahmen wie beispielsweise die Moorrenaturierung. Wir in Bayern sagen klipp und klar: Klimaschutz ist ein Innovationsthema. Wir verbinden Umwelt und Wirtschaft. Wir verbinden Klimaschutz mit Wertschöpfung. Wir sind Spitzenreiter, weil wir in Bayern die Hausaufgaben längst gemacht haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ha, ha!)

Wir setzen den erfolgreichen Weg fort, und zwar so, dass Stadt und Land Hand in Hand gehen, indem Wirtschaft und Umwelt gemeinsam gedacht werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Dr. Huber. – Als Nächster hat Staatsminister Aiwanger das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrte Damen und Herren des Präsidiums, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer! Ich glaube, wir haben heute wieder eine sehr wichtige Debatte über Klimaschutz und CO₂-Bepreisung. Wohin muss Bayern steuern, wohin muss Deutschland steuern, was müssen wir zu dieser Thematik beitragen? – Die Redebeiträge haben gezeigt, dass hier eine massive Polarisierung im Raum steht, die in der Sache aber nicht weiterführt. Die AfD sagt: CO₂ sieht man nicht, also kann es nicht so schlimm sein.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Die GRÜNEN sagen: Es gibt Hitzerekorde, es gibt Dürreerekorde. Daran ist CO₂ schuld, also geht die Welt unter, und wenn wir nicht hier und heute handeln, dann sind wir morgen tot.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, ich kenne diese Sprüche vonseiten der GRÜNEN seit den Achtzigerjahren, seitdem ich die Politik mitverfolge.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Sie haben in den Achtzigerjahren den Untergang des deutschen Waldes vorausgesagt. Sie haben gesagt, im Jahr 2000 gibt es keine Wälder mehr in Deutschland und der Weltuntergang ist quasi vorgezeichnet.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Weil wir etwas geändert haben! Weil die Politik etwas geändert hat! – Unruhe bei den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, natürlich habe ich schon damals, als 15- oder 16-Jähriger, die Dinge ernst genommen. Damals war ich ungefähr in dem Alter wie die jungen Leute heute, die die Fridays-for-Future-Demonstrationen machen. Ich habe mir das angesehen und mir gesagt: Fossile Energie ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Irgendwann müssen wir da raus. – Ich habe schon damals den Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet, spätestens aber nach Tschernobyl.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Meine Damen und Herren, ich habe damals aber trotzdem gemeinsam mit meinem Vater Bäume gepflanzt, und zwar Kirschbäume und Apfelbäume, und wir haben auch in den Wäldern Bäume gepflanzt. Das habe ich getan, als Sie noch gesagt haben: Das macht alles keinen Sinn, denn in ein paar Jahren sind wir eh alle tot.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist doch totale Polemik! – Unruhe bei den GRÜNEN)

Meine Bäume sind heute zwanzig Meter hoch, sie tragen Kirschen, Äpfel, Birnen. Sie haben keinen Baum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

Jetzt führe ich dieses Thema weiter. Sehr geehrte Damen und Herren von der GRÜNEN-Fraktion, ich werde Sie demnächst zum Kirschenessen nach Rahstorf einladen. Da kann dann Ihre ganze Fraktion kommen. Sie können bei mir so viele Kirschen essen, dass Sie sich nachher im Gras wälzen.

(Alexander König (CSU): Vorsicht, die messen die Obstbäume nach!)

Jetzt frage ich Sie: Ist hier ein Einziger unter den GRÜNEN, der schon einmal irgendwann einen Kirschbaum gepflanzt hat und mich einladen kann?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

– Okay, also, die Gegeneinladung steht. Sie zeigen mir den Kirschbaum, den Sie persönlich gepflanzt haben. Ich gehe hin und schaue, ob es dort etwas zu essen gibt.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gisela Sengl (GRÜNE):
Das ist doch armselig, was Sie hier vortragen!)

Ich schaue, ob Sie nur dann Kirschen essen können, wenn Sie diese vorher aus Südafrika mit dem Flugzeug importiert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

So viel zur Realpolitik, so viel zur Theorie.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was Sie heute hier an die Wand malen, das ist Angstmasche bitterster Sorte. Das ist mit Kommunikationsstrategen besprochen, denn bei jeder Ihrer Reden ist mittlerweile drin: die Dürre in Franken, die Wasserarmut da und dort, die Hitzerekorde in Frankreich. – Sie machen den jungen Leuten Angst.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist Fakt!)

– Das ist Fakt, aber Sie verbinden das eins zu eins mit unserer jetzigen Klimapolitik. Sie sagen: Wir sind schuld, dass es dort so heiß und trocken ist, weil die CO₂-Geschichte noch nicht gelöst ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): So ist es doch!)

Das mag einen Einfluss haben, über den sich die Wissenschaft streitet, das will ich auch gar nicht wegdiskutieren.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Die streiten sich doch gar nicht!)

Ihre einzige politische Botschaft ist aber, jungen Leuten Angst zu machen, genauso wie Sie uns damals Angst machen wollten, es gäbe keine Wälder mehr. Heute sagen Sie den jungen Leuten: Es geht die Welt unter, wenn sie nicht – –

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch eines, und das geht in dieselbe Systematik hinein, denn mittlerweile gibt es Zukunftsangstextremisten. Eine Lehrerin, über die ich mich hier nicht vertieft äußern will, vertritt öffentlich die Position, man sollte keine Kinder mehr bekommen, um CO₂ zu reduzieren, denn Kinder seien klimaschädlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ein Ausfluss der Klimadebatte!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Ideologie weiterführen, dann wird es bald jemanden geben, der sagt: Ein Mensch im nicht mehr arbeitsfähigen Alter ist auch klimaschädlich. Wir könnten uns überlegen, ob es nicht – – und so weiter.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Also bitte! – Zuruf von den GRÜNEN: Zur Sache! – Glocke des Präsidenten)

So geht es eins zu eins in dieser Kette weiter. Hier wird Menschen Angst gemacht, hier werden Menschen in die Enge getrieben, und das ist der falsche Weg. Meine Damen und Herren, wir müssen raus aus dieser Angstecke, wir müssen uns die Realität anschauen. Wir müssen sagen: Jawohl, diese Gesellschaft hat über fünfzig Jahre eine fossile Party gefeiert. Jawohl, unser Wohlstand ist dadurch größer geworden, dass wir Kohle, Öl usw. aus der Erde geholt haben, dass wir in der Landwirtschaft Zugtiere durch Traktoren ersetzt haben, durch Diesel. Fläche, auf der man früher die Pferde gefüttert hat, ist frei geworden. In der Nahrungsmittelproduktion haben wir mittlerweile Überschüsse und gute und billige Nahrung. Jetzt aber kommt zunehmend die Rechnung. Diese fossilen Brennstoffe werden irgendwann zu Ende sein, klimaschädliche Auswirkungen sind irgendwann nicht mehr zu leugnen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Jetzt geht es aber darum, sich mit Sinn und Vernunft aus dieser Thematik herauszubewegen. Das sage ich jetzt auch an die Adresse der AfD: Selbst, wenn es keine klimaschädlichen Auswirkungen hätte, ist Ihre völlige Verleugnung der Tatsache, dass wir andere Wege gehen sollten, gefährlich, weil wir in Deutschland dann nämlich weiterhin von den fossilen Importen abhängig sind. Wir betreiben dann weiterhin eine Politik, ohne zu überlegen, was nach dem Ende der fossilen Brennstoffe kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Sie haben keine Antwort auf die Frage: Was ist nach dem fossilen Zeitalter? – Wir als Regierungskoalition haben sie, ohne aber Weltuntergangsstimmung zu verbreiten. Wir

sagen ganz klar: Jawohl, wir müssen jetzt von "fossil" auf "erneuerbar" umschalten, aber mit Hirn.

Ich war vor einigen Tagen bei einer Ziegelei im südbayerischen Raum, die schon CO₂-Zertifikate für einen Preis um die 20 Euro pro Tonne kaufen muss. Die sagen, wenn die Lösung mit den 50 Euro pro Tonne von den GRÜNEN kommt, sind sie wirtschaftlich fertig, weil dann der gesamte Gewinn dafür aufgewendet werden muss. Dann müssten sie ihre Produkte so deutlich verteuern, dass sie wahrscheinlich nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Sie können sagen: Das ist uns wurscht. Es ist uns auch wurscht, wenn die Landwirte bei uns mit den Kühen als CO₂-Emittenten aufhören. Dann importieren wir das Fleisch aus Südamerika. Wir haben schon die Geflügelhaltung nach Osteuropa ausgelagert. Aus den Augen, aus dem Sinn. Bei uns sitzen die Hühner nicht mehr im Käfig, dafür in der Ukraine.

(Alexander König (CSU): So schaut es aus, genau!)

Dann importieren wir die Eier von dort. Dann ist die Welt in Ordnung.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Silicium haben die auch!)

Wenn die großen energieintensiven Unternehmen nach China weggehen, ist uns das wurscht, aber bei uns haben wir heile Pippi-Langstrumpf-Welt.

(Alexander König (CSU): Sehr schönes Bild!)

Sie können diese Welt und diese Politik so fortführen. Sie werden weiterhin Leute gewinnen, die Sie dafür wählen und Ihnen dafür hinterherlaufen.

(Alexander König (CSU): Rattenfänger!)

Aber Sie beschädigen damit den Wirtschaftsstandort Bayern und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Alexander König (CSU): So schaut es aus! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie führen ganz gezielt – ich sage sogar: wissentlich – eine Polarisierung herbei. Sie provozieren mit dieser Politik eine Gelbwestenbewegung – wir sind kurz davor –, die da drüben begrüßt

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Hoffentlich!)

und mit angefeuert würde. Dafür würden von Ihnen die Grundlagen gelegt. Dann haben wir eine Situation wie in Frankreich. Da frage ich Sie: Ist uns da geholfen? – Nein, das müssen wir verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie die Demonstration der Gewerkschafter am vergangenen Samstag in Berlin gesehen haben, dann müssen Sie wissen, das sind Vorboten auf dem Weg dorthin. Die sagen nämlich eindeutig: Vernichtet unsere Arbeitsplätze nicht! – Das sind die Gewerkschafter, die bei MAN, die bei BMW, die bei den Großbetrieben sitzen. Die ticken beileibe nicht mehr grün, sondern die wissen nicht mehr, an wen sie sich wenden sollen,

(Zuruf von der AfD: Doch, an uns!)

weil sie von den linken Parteien hier politisch im Stich gelassen worden sind und ganz klar sagen: Wir wollen unsere Arbeitsplätze erhalten. – Eine Politik des nur nationalen Alleingangs, die nicht zu Ende gedacht ist, gefährdet unsere Arbeitsplätze hier. Also müsste der Arbeiter am Fließband bei MAN, BMW usw. in Ihnen schön langsam denjenigen erkennen, der seinen Arbeitsplatz gefährdet. Das sieht er auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die wählen sowieso schon AfD! Die bekommt ihr nicht mehr zurück! Die könnt ihr euch abschminken!)

Deshalb fahren wir als Staatsregierung genau diesen Weg: Wir wollen die erneuerbaren Energien aufbauen und tun das. Im Bereich Photovoltaik haben wir geliefert. Im Bereich Wasserstoff werden wir in den nächsten Wochen massiv liefern. Wir suchen die Vereinbarkeit von Industriepolitik und Umweltschutz. Wir suchen die Schlüssel für morgen. Wasserstoff ist mit Sicherheit einer davon. Da sind die erneuerbaren Energien ein wichtiger Schlüssel, um Industriepolitik und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland klimaneutral nach vorne zu bringen.

Das ist unser Ausweg, anstatt zu sagen "Morgen geht die Welt unter" oder "Das ist alles nur heißer Käse". Wir gehen den vernünftigen Weg. Wir nehmen die Industrie mit. Wir schaffen neue Arbeitsplätze. Wir haben auch den Plan dazu und wollen die Bürger mitnehmen. Wir wollen die Wirtschaft mitnehmen, wir wollen auch die jungen Leute mitnehmen. Wir wollen den heute 15-, 16-, 17-Jährigen sagen: Jawohl, unser Politikmodell nimmt die Klimaentwicklung ernst. Wir wollen raus aus den fossilen Brennstoffen. Aber auch du und deine Eltern sollen noch mit dem Auto fahren dürfen, aber dann am Ende idealerweise mit einem energieneutral angetriebenen Brennstoffzellenauto oder gegebenenfalls mit einem batteriebetriebenen Auto, wenn die Batterie eine ordentliche Klimabilanz hat. Wasserstoff ist ideal.

(Alexander König (CSU): Ohne Wohlstand wird es auch keine GRÜNEN mehr geben! Das müssten sie mal begreifen!)

Auf der anderen Seite soll man noch in den Urlaub fliegen dürfen, aber dann eben nicht mehr mit Kerosin, sondern mit E-Fuels, die wir in Deutschland erzeugen, erneuerbaren Treibstoffen. Ja, auch du sollst noch Bäume pflanzen für dich und deine Kinder. Jawohl, auch du sollst später mal eine Familie gründen und noch ein Haus bauen können. Das ist unser Modell, nicht das Weltuntergangsmodell der GRÜNEN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Staatsminister. – Da die Redezeit mehr als 10 Minuten betragen hat, ist vonseiten der GRÜNEN ein weiterer Redner beantragt – Herr Hartmann, höre ich gerade. Bitte schön, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Aiwanger, es macht einen fast sprachlos, wie Sie hier am Rednerpult auftreten. Sie erzählen etwas zum Thema Waldsterben. Das ist vollkommen richtig. Wir haben als grüne Partei – darauf bin ich stolz – rechtzeitig auf das Waldsterben hingewiesen. Die Politik hat gehandelt. In die Kraftwerke kamen die Entschwefelungsanlagen, und wir haben das Problem lösen können. Genau das ist doch Aufgabe von Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau dafür machen wir doch Politik – um Herausforderungen anzupacken und Lösungen zu finden! Wir kennen das weitere Spiel: FCKW im Kühlschrank, Ozondebatte – auch diese Debatte wurde von uns GRÜNEN damals leidenschaftlich und lebhaft geführt, damit eine Änderung kommt. Was ist passiert?

(Thomas Kreuzer (CSU): Gar nichts!)

FCKW ist aus den Kühlschränken verschwunden. Man hat es hinbekommen, weil die Politik gehandelt hat. Das Gleiche gilt bei den Flüssen. Die älteren Kollegen erinnern sich vielleicht noch: Ein Umweltminister auf Bundesebene ist mal durch den Rhein geschwommen – ich glaube, es war der Rhein –, um deutlich zu machen, dass er wieder sauberer geworden ist.

(Tobias Reiß (CSU): Töpfer war das!)

– Danke, der Töpfer war das. – Warum hat er das gemacht? – Weil die Politik vorher etwas geändert hat durch Vorgaben,

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber doch niemals die GRÜNEN, Herr Hartmann! Sie haben nie etwas verändert! Verstehen Sie?)

mit welcher Belastung das Wasser in die Flüsse fließen darf. Das hat man gemacht, Herr Kreuzer,

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber nicht Sie!)

weil Politik gehandelt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Die GRÜNEN haben immer nur geredet!)

– Herr Kreuzer, es ist ja interessant. Herr Kreuzer, wissen Sie was: Ich mache hier Politik, damit sich grundlegend etwas verändert. Wer das dann richtig gemacht hat, ist mir eigentlich vollkommen egal. Hauptsache, es ändert sich etwas.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wo Sie regiert haben, haben Sie nie etwas zustande gebracht! Zum Klima haben Sie nie etwas zustande gebracht! Die GRÜNEN haben in der Umweltpolitik immer versagt, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen! Versagt!)

Blicken wir doch mal zurück, Herr Kreuzer. Nehmen wir doch mal das Jahr 2000. Die GRÜNEN waren mit der SPD auf Bundesebene in Regierungsverantwortung.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ja, Sie haben immer versagt!)

– Lassen Sie mich mal ausreden, Herr Kreuzer! Herr Kreuzer, wir waren auf Bundesebene in Regierungsverantwortung. Was haben wir im Jahr 2000 mit der SPD gemeinsam aufs Gleis gesetzt? – Das war das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Gerade habe ich hier gehört, was man in diesem Bereich alles tun muss. Wer hat denn dort die Weichen gestellt? Sie haben damals im Bundesrat noch dagegen ge-

stimmt! Sie wollten das nicht! Sie wollten den Einstieg nicht! Wer hat denn damals den Atomausstieg aufs Gleis gesetzt? – Das waren wir GRÜNE.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Genau, nicht Sie!)

Wer hat damals die ganze Zeit darauf gepokert, die Laufzeiten wieder zu verlängern? Wer war das? Die SPD ist damals in der GroKo nach der rot-grünen Regierung standhaft geblieben. Dann kam Schwarz-Gelb. Dann hieß es "Der Herbst der Entscheidungen". Was hat man damals 2010 gemacht? – Die Laufzeiten verlängert. Dann mussten Sie das nach Fukushima unter dem Druck der Bevölkerung wieder zurücknehmen. Seitdem kostet uns der Atomausstieg wahrscheinlich Milliardensummen. Wir haben es damals deutlich besser aufs Gleis gesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die heutige Debatte, Kollege Glauber, Sie tun mir als Umweltminister – – Ist Herr Glauber noch da?

(Gisela Sengl (GRÜNE): Der ist gar nicht mehr da!)

– Er ist leider nicht mehr da. Vielleicht kann ja Herr Aiwanger einiges ausrichten. Mir tut der Kollege Glauber wirklich leid, muss ich ganz ehrlich sagen. Wenn ich sehe, was Sie so an Kollegen in Ihrer Fraktion und am Kabinetttisch haben, frage ich mich, was Sie den motivierten Schülerinnen und Schülern, die wöchentlich auf die Straßen gehen, bei der nächsten Runde im Ministerium eigentlich berichten. Spielen sie Ihnen vor, was der Vizeministerpräsident hier am Rednerpult von sich lässt? – Das ist doch eine große Aufgabe, eine Herausforderung anzunehmen, zu gestalten und Ideen anzunehmen, um grundlegend etwas zu ändern. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich finde es echt traurig, wie ein stellvertretender Ministerpräsident die Umweltfrage, die Herausforderung unserer Zeit, mit solchen Kleinigkeiten auf unterstem Niveau abzubügeln versucht, ohne ein konkretes Beispiel zu nennen.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Wasserstoff und Wind! Du hast nicht zugehört!)

Die Windkraft ist in den letzten Jahren nicht vorangebracht worden. Das Interessante in Bayern ist doch: Seit 25 Jahren ist der CO₂-Ausstoß in Bayern gerade mal um 8 % nach unten gegangen. In den letzten 5 bis 15 Jahren hat sich so gut wie gar nichts getan.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Die Bevölkerungszahl ist gestiegen!)

Hier muss sich doch grundlegend etwas ändern. Wir haben ein Instrument vorgelegt: einen fairen Preis mit einer CO₂-Lenkungsabgabe. Damit kann endlich eine echte Klimaschutzpolitik in diesem Land auf den Weg gebracht werden. Das sind wir uns, unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Wir müssen endlich die Weichen anders stellen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Kollege. – Die SPD-Fraktion hat ebenfalls um fünf Minuten Redezeit gebeten und den Kollegen von Brunn als Redner benannt. Herr Kollege, bitte schön. Das Wort hat der Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Ludwig Hartmann! Natürlich müssen wir für den Klimaschutz in Deutschland wesentlich mehr tun. Der Klimaschutz ist eine Existenzfrage. Aber wir sollten eines nicht tun: Wir sollten nicht so tun, als sei Deutschland das Schlusslicht in Europa, als laufe hier alles schlecht. Man muss ganz realistisch vergleichen. Wir sind ein Land mit über 30 % industrieller Wertschöpfung. Das hat fast kein anderes Land in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind ein Land mit einer Exportquote von fast 40 %. Das kann auch fast kein anderes Land in Europa vorweisen. Wir exportieren, andere Länder importieren CO₂-Emissionen, die bei uns auftreten. Auch das muss in dieser Debatte berücksichtigt werden. Die Zahlen müssen seriös miteinander verglichen werden. Daraus gilt es abzuleiten, dass es in einem Land mit einem hohen Industrieanteil und mit einer starken Export-

orientierung wesentlich schwieriger ist, Klimaschutzpolitik zu betreiben, als in einem Land mit sehr viel Dienstleistung und einem hohen Atomkraftanteil. Ich wollte vorhin genau darauf hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen es Ihnen einfach nicht durchgehen, dass Sie in der Opposition immer behaupten, Sie seien die Helden, die wahren Vorkämpfer für den Klimaschutz und toll. Herr Hartmann, schaut man sich Ihre Regierungsergebnisse beispielsweise in Baden-Württemberg an, dann sieht man: Sie fallen nicht sehr gut aus. 2015/16 sind dort die CO₂-Emissionen gestiegen. Zeigen Sie uns ganz konkret dort, wo Sie regieren, dass Sie es besser machen können. Bisher haben Sie das noch nicht gezeigt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Das Gleiche gilt für die Reduzierung von Stickoxiden: Die zwei grün regierten Städte Stuttgart und Darmstadt stehen bei den Stickoxidwerten an der Spitze. Das zeigen die aktuellen Zahlen des Umweltbundesamtes. Sie regieren nicht nur in Städten. Sie stellen in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten. In Hessen sind Sie an der Regierung beteiligt. Auch da machen Sie es nicht besser. Aber in Ihren Reden machen Sie es immer besser.

(Lebhafter Widerspruch des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Das reicht aber nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Das reicht nicht aus. Natürlich sind wir für die CO₂-Bepreisung. Es ist richtig, über die CO₂-Bepreisung zu sprechen. Das gestehe ich Ihnen zu.

Werfen wir einen Blick auf die ländlichen Regionen Bayerns. Die Situation dort ist die Schuld der Staatsregierung und der vergangenen Staatsregierungen. Dort gibt es keinen guten öffentlichen Verkehr. Dort gibt es nahezu keine Angebote für die Menschen.

Hier führt eine planlose Erhöhung der Kosten für CO₂ dazu, dass keine Alternative besteht, aber die Kosten für Mobilität steigen. Deshalb muss die Angelegenheit in einen Gesamtkontext eingeordnet werden. Deswegen brauchen wir Investitionen in die Verkehrswende, die Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien. Das muss gleichzeitig mit der Bepreisung von CO₂ erfolgen. All das muss berücksichtigt werden. Das ist seriöse Politik, und darum geht es. In diese Debatte sollten wir eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in diesem Hause vollkommen unstrittig, dass wir alle dazu aufgerufen sind, CO₂-Emissionen zu senken. An die AfD gewandt: Unabhängig davon, ob man diesen CO₂-Emissionen unmittelbar die Klimaerwärmung zuschreibt oder nicht, ist dies sinnvoll, da es auch um die Schonung der Ressourcen für die Zukunft geht. Ressourcen werden auch noch von zukünftigen Generationen benötigt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Hartmann, deswegen hat die Bundesregierung ja auch das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet. Das waren CDU, CSU und SPD. Die Bundesregierung bekennt sich somit zum Klimaschutz. Ihre Unterstellung ist aberwitzig und eine Verdrehung der Tatsachen. Es ist eine Unwahrheit, dieser Bundesregierung vorzuwerfen, dass sie Klimaschutz nicht akzeptiere und nicht ernst nehme. Dies ist böswilliger Populismus auf Kosten der Sache.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Ihr tut nichts! – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ihr kommt nicht voran!)

Wenn Sie Bayern erwähnen, dann müssen Sie auch sagen, dass hier weniger CO₂ emittiert wird als im Bundesdurchschnitt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die Emissionen sind aber nur um 8 % zurückgegangen!)

Es wird weniger CO₂ emittiert als in den meisten Industriestaaten, nämlich sechs Tonnen pro Kopf der Bevölkerung. Auf diese Zahl kommt es an. Wenn Sie die absolute Zahl anführen, dann müssen Sie auch sagen, dass die Bevölkerungszahl in Bayern von 11 auf 13 Millionen gestiegen ist. Herr Hartmann, 13 Millionen Einwohner brauchen mehr Arbeitsplätze, 13 Millionen Einwohner müssen mehr heizen und 13 Millionen Einwohner verbrauchen mehr Energie als 11 Millionen Einwohner. Das ist auch klar. Deshalb täuschen Sie die Menschen. Herr Hartmann, nennen Sie die Pro-Kopf-Zahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Nun kommen wir zu Ihrer CO₂-Bepreisungstheorie. Das ist ein Irrwitz, den Sie hier vertreten. Der bayerische Bürger verbraucht im Durchschnitt pro Kopf sechs Tonnen. Wenn wir die Industrieproduktion wegrechnen, dann rechnen wir mit drei Tonnen. Das ist der persönliche Verbrauch eines bayerischen Bürgers und wird nicht in der Industrie verbraucht. Das bepreisen Sie dann mit 50 Euro pro Tonne. Das sind 150 Euro. Dann wollen Sie das auch noch für einen Teil der Bevölkerung ausgleichen. Die sozial Schwachen sollen dann 100 Euro pro Kopf bekommen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Jeder!)

Die vierköpfige Familie soll dann 400 Euro bekommen. Welchen Grund gibt es dann noch, CO₂ einzusparen? Was sollen bei dem, der das Geld nicht bekommen soll, weil er kein Sozialfall ist, 200 Euro im Jahr bewirken?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Jeder!)

Das ist Augenwischerei. Herr Hartmann, Sie wollen die Leute abkassieren. Das ist ohne jede Lenkungswirkung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn mir jemand sagt, er fahre einen Kilometer weniger, weil das Auto 200 Euro im Jahr mehr koste, dann sage ich Ihnen: Vor zwei Jahren haben wir Diesel für 98 Cent pro Liter getankt. Im Moment zahlen wir an den Tankstellen teilweise 140 Cent. Haben Sie den Eindruck, dass der Verkehr abgenommen hat? – Das ist ein Irrweg.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Das ist eine Abzocke. Das hat überhaupt keine Lenkungswirkung und keinen Sinn, was Sie hier vorschlagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN – Gisela Sengl (GRÜNE): Warum haben Sie dann die Dieselsteuer herabgesetzt?)

Im Übrigen sei zum Thema Erfolge Folgendes gesagt: "DER SPIEGEL" berichtet heute, dass die CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung in Deutschland im ersten Halbjahr im Verhältnis zum ersten Halbjahr des Vorjahres um 15 % abgenommen hätten.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist ein Witz!)

Um 15 % in Deutschland. Die Wahrheit ist: Wir werden dieses Problem nur durch Technik, durch den technischen Fortschritt lösen. Wir brauchen mehr erneuerbare Energien. Wir brauchen alternative Treibstoffe. Wir brauchen Wasserstoff.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das, wofür Sie Verzicht vorschlagen, ist nicht zu machen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann bringen Sie die Windkraft voran!)

Meine Damen und Herren, das ist auch dann gar nicht zu machen, wenn man nur Verzicht predigt, ihn aber nicht selbst praktiziert. Die GRÜNEN in den Parlamenten unternehmen die meisten Flugreisen. Manche GRÜNE fliegen über Weihnachten nach Amerika, um dort ein Eis zu essen. Sie predigen Verzicht, aber sie praktizieren ihn nicht.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN – Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist doch nicht mehr ernst zu nehmen!)

Sehen Sie sich die Stadtteile an, in denen Sie die meisten Stimmen haben: Dort stehen die dicksten Autos und die größten Häuser. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN – Toni Schuberl (GRÜNE): Nichts als heiße Luft!)

Ihr Weg ist ein Irrweg. Das ist nur Populismus.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Der Vorschlag dient den GRÜNEN einzig und allein politisch. Ihnen geht es gar nicht um die Sache. Ihnen geht es um Ihren politischen Erfolg.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dafür scheuen Sie nicht vor Populismus oder Täuschung der Menschen zurück.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer. – Von der AfD-Fraktion hat Prof. Dr. Hahn um das Wort gebeten. Bitte schön, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Hartmann, Sie wollen Menschen, die umwelt- und energiefreundlich leben, belohnen. Sie wollen die Menschen bestrafen, die das nicht wollen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Nein, das wollen wir nicht!)

Das ist erst mal vom Ansatz her vielleicht gar nicht schlecht. Mich würde dann nur interessieren, wie Sie die Vielflieger in Ihrer eigenen Fraktion bestrafen wollen.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Das nimmt doch schon keiner mehr ernst!)

Das wäre ja einmal ein selbstkritischer Ansatz.

Die Energiewende – Sie haben es selbst gesagt – haben Sie selber um das Jahr 2000 mit ausgerufen. Man muss ganz klar sagen: Sie haben die Verantwortung über Legislaturperioden hinweg nicht nur im Bund gehabt, sondern auch in vielen Bundesländern. Dann haben Sie auch noch die Courage zu behaupten, es hätte sich in den letzten 15 Jahren nichts getan. Ja, genau so ist es. Sie hatten die Verantwortung. Sie haben etwas in Bewegung gebracht, und es hat sich nichts getan. Wer ist verantwortlich? – Sie sind verantwortlich.

Die deutschen Stromkunden zahlen sowieso schon die höchste Abgabenlast wegen Ihrer Energiewende von damals, wegen der heutzutage die Vögel und Fledermäuse geschreddert werden und mit der durch Photovoltaik der Flächenverbrauch vorangetrieben wird. Genau diese Steuerzahler, den kleinen Mann, den Mittelstand, der weiter ausgepresst wird, wollen Sie jetzt noch mehr besteuern. Wir von der AfD sagen da ganz klar: Wir wollen nicht nur keine weitere CO₂-Steuer, sondern wir wollen überhaupt eine Senkung der Steuern in diesem Bereich.

(Beifall bei der AfD)

Die Elektromobilität ist ein Versuch. Ich denke, es ist richtig, solche Versuche zu starten. Ich erwarte dann aber von den zuständigen Ministern und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, dass man ergebnisoffen herangeht. Ich erwarte auch, dass man gute Produkte wie den Verbrennungsmotor – sicher, er fußt auf fossilen Energieträgern, da muss man schauen, dass man Alternativen findet – und Technologien aus deutscher Entwicklung, die uns Wohlstand gebracht haben und die die ganze Welt übernommen hat, nicht einfach so links liegen lässt.

Herr Hartmann, ich komme noch einmal zu Ihnen zurück: Es kann auch nicht sein, dass Sie sagen – das gilt für Herrn Dr. Bächler ganz genauso –, Sie wollen weg von einem Autoland hin zu einem Klimaschutzland. Genau das waren die Worte von Herrn Dr. Bächler. Sind Sie denn noch bei Verstand? Wollen Sie unsere Autoindustrie, unsere Autobranche, von der wir alle profitieren, die wahrscheinlich als Steuerzahler indirekt auch Ihr Salär mitbezahlt, einfach so in die Wüste schicken?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Bächler (GRÜNE))

Ist Ihnen denn nicht klar, dass diese Produkte, die Autos, die produziert werden – wir leben davon, dass die ganze Welt diese Produkte kauft –, ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft, unsere Existenzgrundlage sind?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie davon weg wollen hin zu einem Klimaschutzland, wie stellen Sie sich denn vor sollen wir von diesem Klimaschutz im wirtschaftlichen Sinne leben?

(Beifall bei der AfD)

Daran sieht man: Sie haben fixe Ideen. Der Minister Aiwanger hat es gesagt. Das reicht vom Waldsterben – übrigens sagten Sie auch den stillen Wald voraus, es wurde prognostiziert, das war auch in den 1980er-Jahren, irgendwann würden die Vögel weg

und der Wald still sein, ich bin Ornithologe – bis zum Ozonloch – das war dann 10, 15 Jahre später –, das uns verbrennen würde. Nichts davon ist eingetreten. Jetzt wird die nächste Klimasau durchs Dorf getrieben. Auch ich habe mit den jungen Leuten von Fridays for Future gesprochen. Wenn Sie einem 16-Jährigen erzählen und das vielleicht auch noch im Lehrplan steht, dass die Welt untergeht und warum, dann glaubt er das, bis er irgendwann mal gelernt hat, das selbst einzuordnen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Unterste Schublade!)

Daher mein Appell – ein paar mäßigende Worte zum Abschluss – an alle Abgeordneten und Fraktionen dieses Hohen Hauses: Verfolgen Sie eine bürgerfreundliche Politik des Augenmaßes und des gesunden Menschenverstandes, und laufen Sie nicht jeder Endzeithysterie hinterher!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hahn. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.